



**Geschäftsführung  
Ausschuss für Anregungen und  
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: [Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de](mailto:Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de)

Datum: 15.03.2017

**Niederschrift**

über die **19. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 14.03.2017, 17:00 Uhr bis 18:55 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

**Anwesend waren:**

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE in Vertretung für Frau Akbayir
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

**Beratende Mitglieder**

Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Thor-Geir Zimmermann	Gute Wählergruppe Köln

**Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Frau Hedwig Drießen	

**Beratende Mitglieder**

Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU

Thomas Rossbach	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

### **Verwaltung**

Herr Dr. Höver	Bürgeramt Innenstadt
Herr Schmitz	Bürgeramt Innenstadt
Herr Rothe	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Bosse	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Höhn	KVB AG

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Herr Stephan Pohl	CDU

### **Beratende Mitglieder**

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Heiko Nigmann	
Herr Joachim Geysse	auf Vorschlag der CDU
Herr Peter Heumann	auf Vorschlag Die Linke.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, eröffnet die 19. Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Frau Hedwig Drießen wird als neue stellv. Seniorenvertreterin im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden verpflichtet.

Herr Thelen weist auf die Beantwortung seiner Nachfrage vom 24.01.2017 zum Sachstand Kinderhort Spichernstraße hin. Das Amt für Schulentwicklung kann inzwischen jedem Hortkind einen OGS Platz anbieten. Die Vertreterinnen und Vertreter des Kinderhortes halten aber an der beabsichtigten Weiterführung des Hortes fest und haben einen entsprechenden Zuschussantrag bei der Verwaltung eingereicht.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

#### 2 Mitteilungen

- 2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Beschwerde gegen einen Bußgeldbescheid des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz (Az.: 02-1600-10/17)  
0402/2017
- 2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verzögerung der Ziele von Köln mobil 2025 (Az.: 02-1600-201/16)  
0191/2017
- 2.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Streckenverlauf der KVB-Linie 1 in Bergisch Gladbach (Az.: 02-1600-16/17)  
0679/2017

#### 3 Anfragen

- 3.1 Mündliche Anfragen
- 3.2 Schriftliche Anfragen

#### 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Ausfall von Fahrtreppen und Aufzügen an KVB-Haltestellen (Az.: 02-1600-165/16)  
4107/2016
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Sperrung von Straßen für den motorisierten Individualverkehr" (AZ.: 02-1600-135/16)  
4317/2016
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Köln mobil 2025 (Az.: 02-1600-176/16)  
4361/2016
- 4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Stadtplanung / Wohnungspolitik (Az.: 02-1600-01/17)  
0333/2017
- 4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Benennung des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz zu "Drei Könige Markt" (Az.: 02-1600-192/16)  
0251/2017

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **5        Mitteilungen**

### **6        Anfragen**

6.1      Mündliche Anfragen

6.2      Schriftliche Anfragen

### **7        Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes           Nordrhein-Westfalen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **2 Mitteilungen**

##### **2.1 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Beschwerde gegen einen Bußgeldbescheid des Amtes für Umwelt- und Verbraucherschutz (Az.: 02-1600-10/17) 0402/2017**

Kenntnis genommen.

##### **2.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verzögerung der Ziele von Köln mobil 2025 (Az.: 02-1600-201/16) 0191/2017**

Kenntnis genommen.

##### **2.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Streckenverlauf der KVB-Linie 1 in Bergisch Gladbach (Az.: 02-1600-16/17) 0679/2017**

Kenntnis genommen.

### **3 Anfragen**

#### **3.1 Mündliche Anfragen**

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, merkt an, dass der Beschluss des Ausschusses zum Denkmalschutz des Alten Flughafens Butzweiler bisher nicht im Stadtentwicklungsausschuss behandelt wurde. Er bittet die Gründe hierfür darzulegen.

Die Verwaltung wird dies schriftlich behandeln.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, weist auf den mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Hauptausschusses vom 13.03.2017 hin, einen Gedenkstein zum Andenken an die Opfer des Völkermordes an den Armeniern auf dem Friedhof Leimbacher Weg zu errichten. Der Hauptausschuss ist somit dem einstimmigen Beschluss des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 03.11.2015 gefolgt.

Herr Schneider, SPD, weist auf die ausstehende Beantwortung der Anfrage seiner Fraktion aus dem Jahr 2016 hin.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, merkt an, dass die Fragen der SPD-Fraktion durch Frau Oberbürgermeisterin Reker in der Sitzung des Hauptausschusses erschöpfend beantwortet worden seien. Eine weitere Notwendigkeit der Beantwortung im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sehe er daher nicht.

Herr Aydik, Vertreter des Integrationsrates – Dein Köln, fragt nach, ob der Beschluss des Hauptausschusses auch die Inschrift des Gedenksteins beinhalte.

Frau Aymaz, Grüne, verliest auf Bitten von Herrn Thelen den Beschluss des Hauptausschusses, welcher auch die Inschrift des Gedenksteins beinhaltet.

Während der Verlesung verlässt Herr Aydik unvermittelt die Sitzung, indem er lautstark die Saaltür zuschlägt.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, rügt das Verhalten des Vertreters des Integrationsrates als Respektlosigkeit gegenüber dem Ausschuss. Er werde dieses Verhalten dem Vorsitzenden des Integrationsrats mitteilen und um Behandlung der Angelegenheit im Integrationsrat bitten.

### **3.2 Schriftliche Anfragen**

## **4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

### **4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Ausfall von Fahrtreppen und Aufzügen an KVB-Haltestellen (Az.: 02-1600-165/16) 4107/2016**

Der Petent begründet seine Eingabe. Er verweist auf das Beispiel der Stadt Bielefeld wo bei Ausfällen von Fahrtreppen Mobilitätshelfer im Sinne der Eingabe eingesetzt werden.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass nach Rücksprache mit den Bielefelder Verkehrsbetrieben diese bei Ausfällen von Fahrtreppen Servicepersonal als Orientierungshelfer einsetzen. Tragehilfen würden aber nicht angeboten. Eine dahingehende Anweisung der KVB an ihr Servicepersonal werde es aus versicherungstechnischen Gründen und wegen des Risikos von Verletzungen nicht geben können. Die KVB sei daher bestrebt, technische Ausfälle schnellstmöglich zu beheben. Die technischen Anlagen verfügen über Einrichtungen, welche Störungen umgehend an die Leitstelle melden. Das Kleben eines Kaugummis auf eine Lichtschranke werde aber nicht als technisches Problem erkannt. Hier sei man auf Meldungen der Passanten angewiesen. Die Anlagen verfügen über entsprechend sichtbar angebrachte Rufnummern. Störungen werden über den Internetauftritt kommuniziert. Derzeit prüfe die KVB, wie diese Informationen einer noch breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden können, z.B. über die App der KVB. Die KVB sei bestrebt, die Informationspolitik auch im Sinne der Kunden stetig zu verbessern. Bei längeren Störungen oder Baustellen werden Informationen auf den entsprechenden Kommunikationswegen verbreitet. Die notwendigen Maßnahmen werden situativ im jeweiligen Einzelfall entschieden. So wurde beim Umbau der Haltestelle Neusser Straße / Gürtel ein Fahrdienst über das Rote Kreuz eingerichtet. Bei der Sanierung der Haltestelle Poststraße und dem damit verbundenen Ausfall der Aufzüge seien sowohl Durchsagen in den Fahrzeugen als auch Hinweise durch Servicemitarbeiter vor Ort erfolgt. Dieses Vorgehen habe sich bewährt. Eine starre Vorgabe von Maßnahmen und Fristen, ab welcher Ausfalldauer Maßnahmen ergriffen werden sollen, sei nicht praktikabel. Dies würde der KVB die Möglichkeit nehmen, im Einzelfall kreativ Maßnahmen im Sinne der Fahrgäste ergreifen. Nach Abstimmung mit dem Behindertenbeauftragten Herr Dr. Bell habe dieser folgende Stellungnahme abgegeben:

*Eine schnelle und vor allem aktuelle Information über den Betriebszustand von Aufzügen und Fahrtreppen muss sichergestellt werden.*

*Es kann dabei hilfreich sein, wenn in akuten Fällen Mobilitätshelfer vor Ort für einen eng begrenzten Zeitraum (z.B. 1. Tag eines Ausfalls der Anlage) Informationen über Wegealternativen geben können.*

*Es wäre hilfreich, wenn der Vorgang seitens der Verwaltung auch der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur Stellungnahme vorgelegt wird.*

Die KVB wird diese Anregungen aufgreifen und das Thema auch über die Verwaltung in die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik einbringen. Die KVB habe ebenfalls Kontakt mit dem Verkehrsclub Deutschland aufgenommen, um dieses Thema in einem persönlichen Gespräch zu erörtern.

Herr Schneider, SPD, begrüßt die Ausführungen. Die gezeigten Lösungsansätze seien auch im Sinn seiner Fraktion. KVB und Verwaltung streben eine situativ angepasste Reaktion auf technische Vorkommnisse an. Er spricht sich dafür aus, den Beschluss dahingehend zu ergänzen.

Herr Detjen, Linke, betont, dass der Überraschungseffekt für gehandicapte Personen bei technischen Ausfällen reduziert werden sollte. Dieser Gedanke sollte in den Beschlusstext einfließen. Er fragt nach, über welchen Pool an Service-Mitarbeitern die KVB verfüge, um diese grundsätzlich bei Ausfällen von technischen Anlagen einsetzen zu können.

Herr Fischer, Grüne, betont die Wichtigkeit dieses Themas und schließt sich den Ausführungen von Herrn Schneider an. Er regt folgende Ergänzung des Beschlusstextes an:

„Die KVB werden weiterhin gebeten, im Sinne der betroffenen Fahrgäste auch künftig situativ und kurzfristig alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Außerdem begrüßt der Ausschuss, dass die KVB alle technischen Möglichkeiten nutzen, die Fahrgäste frühzeitig über bestehende Störungen zu informieren.“

Herr Erkelenz, CDU, und Frau Domke, FDP, schließen sich den Ausführungen sowie dem Ergänzungsvorschlag an.

Herr Höhn, KVB, teilt auf die Nachfrage von Herrn Detjen, Linke, mit, dass die KVB über ca. 150 Service-Mitarbeiter verfüge, die in solchen Fällen situativ eingesetzt werden können.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, stellt aufgrund des Beratungsverlauf folgenden ergänzten Beschlusstext zur Abstimmung:

„Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und begrüßt das Fahrtreppenerneuerungsprogramm. Verwaltung und KVB werden gebeten, Mobilitätshelfer wie bisher nur bei längerfristigen Ausfällen von Fahrtreppen ohne alternative Anlagen (Fahrtreppen, Aufzüge oder Ähnliches) im Bereich der Haltestelle einzusetzen. Die KVB werden weiterhin gebeten, im Sinne der betroffenen Fahrgäste auch künftig situativ und kurzfristig alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Außerdem begrüßt der Ausschuss, dass die KVB alle technischen Möglichkeiten nutzen, die Fahrgäste frühzeitig über bestehende Störungen zu informieren.“

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe und begrüßt das Fahrtreppenerneuerungsprogramm. Verwaltung und KVB werden gebeten, Mobilitätshelfer wie bisher nur bei längerfristigen Ausfällen von Fahrtreppen ohne alternative Anlagen (Fahrtreppen, Aufzüge oder Ähnliches) im Bereich der Haltestelle einzusetzen. Die KVB werden weiterhin gebeten, im Sinne der betroffenen Fahrgäste auch künftig situativ und kurzfristig alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Einschränkungen so gering wie möglich zu halten. Außerdem begrüßt der Ausschuss, dass die KVB alle technischen Möglichkeiten nutzen, die Fahrgäste frühzeitig über bestehende Störungen zu informieren.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

#### **4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO "Sperrung von Straßen für den motorisierten Individualverkehr" (AZ.: 02-1600-135/16) 4317/2016**

Der Petent ist nicht anwesend.

Aus der Mitte des Ausschusses wird der Ausschussvorsitzende gebeten, mit dem Petenten diesbezüglich Kontakt aufzunehmen, da dieser eine Vielzahl weiterer Eingaben auch in anderen Gremien eingebracht hat und auch dort trotz Einladung zu den Beratungen nicht anwesend war.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für seine Eingabe und unterstützt die Maßnahmen der Verwaltung zur Reduzierung der Schadstoffbelastung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Köln mobil 2025 (Az.: 02-1600-176/16) 4361/2016**

Die Petenten begründen ausführlich ihre Eingabe.

Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, und Herr Bosse, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, stehen für Nachfragen zur Verfügung. Herr Rothe stellt die Maßnahmen der Verwaltung zur Umsetzung des Konzeptes Köln mobil 2025 vor. Die Verwaltung beabsichtige, einen sog. Drittmix der verschiedenen Verkehrsträger in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft zu erreichen. Bisher seien beispielsweise Radverkehrskonzepte für die Innenstadt und Lindenthal erstellt worden. Neben dem Radverkehr sei auch der ÖPNV zu betrachten.

Herr Bosse ergänzt, dass nicht jede Straße gleichzeitig für alle Verkehrsträger optimiert werden könne. Beispielsweise werden Straßen prioritär für den Radverkehr ausgebaut. Parallel zum Hansaring gebe es die Maybachstraße, auf welcher der Radverkehr bereits die vorherrschende Verkehrsform sei. Das Konzept Köln mobil 2025 beinhalte keine prioritäre Zurückdrängung des Automobilverkehrs. Vielmehr sollen Strategien für den Umweltverbund entwickelt werden. Die Verdrängung des Automobilverkehrs könne aber ein Nebeneffekt sein.

Herr Hammer, Grüne, merkt an, dass bei den von der Verwaltung eingebrachten Verkehrsplanungen im Einzelfall der Eindruck entstehe, dass die Ziele des Konzeptes Köln mobil 2025 nicht berücksichtigt seien. Er regt folgende Ergänzung an: „Bei umsetzungsreifen Planungen ist darzustellen, inwieweit mit diese Planungen die Ziele von Köln mobil 2025 erreicht werden können.“

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, führt aus, dass es sich bei der Anpassung der Verkehrsinfrastruktur nicht um ein logistisches Problem handele, vielmehr müsse der Sicherheitsaspekt berücksichtigt werden. Die Verkehrsunfallstatistik zeige für das Jahr 2016 einen Anstieg der Unfälle mit Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern um 27 %. Dazu komme ein enormes Gesundheitsproblem durch Stickoxide etc. Der angesprochene Drittmix scheine daher nicht ausreichend. Oberste Priorität müsse die Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs haben.

Herr Detjen, Linke, verweist auf die Beschlussvorlage zum Luftreinhalteplan, welche 25 Einzelmaßnahmen, u.a. die City-Maut und Fahrverbote, enthalte. Repressive Maßnahmen, welche den Autoverkehr betreffen, seien unabwendbar.

Herr Erkelenz, CDU, spricht sich für den Ergänzungsantrag von Herrn Hammer aus. Umsetzungsreife Maßnahmen sollten vor dem Hintergrund von Köln mobil 2025 geprüft werden.

Herr Schneider, SPD, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Er regt weiter einen intensiven Dialog zwischen den Petenten und der Verwaltung an.

Aufgrund des Beratungsverlaufs schlägt Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und unterstützt die weitere Umsetzung des Strategiepapiers „Köln mobil 2025“. Bei allen umsetzungsreifen Planungen wird die Verwaltung gebeten darzustellen, inwieweit die Ziele von Köln mobil 2025 durch diese Planungen erreicht werden können.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und unterstützt die weitere Umsetzung des Strategiepapiers „Köln mobil 2025“. Bei allen umset-



zungsreifen Planungen wird die Verwaltung gebeten darzustellen, inwieweit die Ziele von Köln mobil 2025 durch diese Planungen erreicht werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Stadtplanung / Wohnungspolitik (Az.: 02-1600-01/17) 0333/2017**

Der Petent ist nicht anwesend.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, führt aus, dass die Eingabe das Grundrecht auf Freizügigkeit berühre, wie auch von der Verwaltung dargestellt.

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, teilt mit, dass Köln bereits mit den umliegenden Gemeinden aktiv kooperiere, um den Bevölkerungszuwachs zu bewältigen.

Herr Schneider, SPD, betont nachdrücklich, dass die Eingabe einen Angriff auf das hohe Gut der Freizügigkeit darstelle. Wenn staatliche Gewalt Menschen dazu bewege eine Stadt zu verlassen, in welcher Form auch immer, dann sei das ein Verstoß gegen die Freizügigkeit. Er regt an, den Beschlusstext entsprechend zu ergänzen.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, schlägt folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bekräftigt den hohen Wert des Grundrechts auf Freizügigkeit. Darüber hinaus bekräftigt der Ausschuss den Beschluss des Rates vom 20.12.2016 zur Erschließung neuen Wohnraums, um dem prognostizierten Wachstum Rechnung zu tragen und soziale Verwerfungen zu vermeiden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bekräftigt den hohen Wert des Grundrechts auf Freizügigkeit. Darüber hinaus bekräftigt der Ausschuss den Beschluss des Rates vom 20.12.2016 zur Erschließung neuen Wohnraums, um dem prognostizierten Wachstum Rechnung zu tragen und soziale Verwerfungen zu vermeiden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**4.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Benennung des Weihnachtsmarktes auf dem Roncalliplatz zu "Drei Könige Markt" (Az.: 02-1600-192/16) 0251/2017**

Der Petent begründet seine Eingabe.

Herr Krüger, Amt für öffentliche Ordnung, stellt dar, dass die Vergabe der Weihnachtsmärkte im Rahmen eines hochtransparenten Ausschreibungsverfahrens erfolge. Den Veranstaltern werde die Möglichkeit gegeben, eigene Marken für den jeweiligen Weihnachtsmarkt zu entwickeln. Hierbei werde seitens der Verwaltung bewusst auf Vorgaben zur Namensgebung verzichtet, um nicht in die Rechte des Veranstalters einzugreifen und eine Unverwechselbarkeit des jeweiligen Marktes sicherzustellen.

Herr Schneider, SPD, spricht sich für den Vorschlag des Petenten aus. In die nächste Ausschreibung sollte eine entsprechende Namensvorgabe aufgenommen werden.

Herr Horn, Grüne, dankt dem Petenten für seinen Vorschlag. Jedoch werde seine Fraktion diesem Vorschlag nicht folgen, da der Gewinner der Ausschreibung sein Konzept ohne Vorgabe umsetzen sollte. Darüber hinaus könne die Bezeichnung „Drei-Könige-Markt“ zu Miss-

verständnis bei Besuchern führen, die erwarten, dass der Markt auch bis zum Dreikönigstag am 06.01. geöffnet habe.

Herr Zimmermann, Gute WG Köln, sieht eine Festlegung des Namens als sinnvoll an, da ansonsten der Gewinner der Ausschreibung eine Umbenennung nach Gutdünken vornehmen könnte. Er spricht sich daher für die Eingabe aus.

Herr Erkelenz, CDU, spricht sich gegen restriktive Vorgaben in dem Ausschreibungsverfahren aus. Den Unternehmen sollten hier entsprechende Freiheiten eingeräumt werden. Gerade das nunmehr praktizierte Vergabeverfahren habe zu einer qualitativen Aufwertung der Kölner Weihnachtsmärkte geführt.

Frau Domke, FDP, sieht den Vorschlag des Petenten konzeptionell als nicht umsetzbar an. Sie spricht sich daher für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Herr Schneider, SPD, spricht sich dafür aus, dass der Vorschlag des Petenten, wenn schon nicht als Vorgabe, zumindest den für die Vergabe zuständigen Gremien als Idee zur Kenntnis gegeben wird und somit in die nächste Ausschreibung einfließen kann.

Nach weiterer intensiver Diskussion schlägt Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, folgenden ergänzten Beschlusstext vor:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und gibt den Vorschlag den für die Vergabe der Weihnachtsmärkte zuständigen Gremien für die nächste Ausschreibung zur Kenntnis.“

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und gibt den Vorschlag den für die Vergabe der Weihnachtsmärkte zuständigen Gremien für die nächste Ausschreibung zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**II. Nichtöffentlicher Teil**

**5        Mitteilungen**

**6        Anfragen**

**6.1     Mündliche Anfragen**

**6.2     Schriftliche Anfragen**

**7        Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

gez.  
Thelen  
Vorsitzender

gez.  
Schmitz  
Schriftführer